

Tagungsbericht

Kongress „Kultur der Solidarität in einer aktiven Bürgergesellschaft“

Am 12. April fand auf Einladung des Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW (MASSKS) in Düsseldorf der Kongress „Kultur der Solidarität in einer aktiven Bürgergesellschaft“ statt, der sich an Interessierte aus allen Gesellschaftsbereichen richtete.

Dass sich der Entwurf einer aktiven Bürgergesellschaft „jenseits von rechts und links“ (Giddens) verortete, signalisierte schon der Kongresstitel. Dessen synthetisierende Anspielung auf z.T. heterogenes Ideengut, wie Liberalismus, Kommunitarismus, sozialstaatliche und zivilgesellschaftliche Konzepte, die jeweils andere Sektoren der Wohlfahrtsproduktion präferieren, verriet die Absicht, jeweilige Vorzüge nutzen zu wollen, ohne deren spezifische Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

So betonte Staatssekretär Jürgen Baedeker (MASSKS) denn auch, angesichts einer komplexen Problemlage (Arbeitslosigkeit, Desintegrationstendenzen, Erodierung traditioneller Sozialmilieus und der Systeme sozialer Sicherung) griffen einseitige (ökonomische) Lösungsansätze zu kurz. Als Leitbild eines neuen Sozialstaatskonzeptes kristallisierte sich statt dessen die offene und pluralistische aktive Bürgergesellschaft heraus, in der individuelle Freiheitsrechte ebenso gestärkt, wie das Verantwortungsprinzip (Bürgerpflichten) neu definiert würden. Damit erteilte er einem utilitaristisch liberalen zu Gunsten eines kommunitaristisch inspirierten Freiheitbegriffs eine Absage.

Eine Renaissance der Politik und die Wiederherstellung ihres Primats forderte Ministerin Ilse Brusch. Damit sei keineswegs eine Rückkehr zum fürsorgenden Staat gemeint. Vielmehr müsse ein der „aktiven Bürgergesellschaft“ entsprechender „aktivierender Staat“, eine „akti-

vierende Politik positiver Wohlfahrt“ betreiben. Dieses neue Staatsverständnis hebe auch den scheinbaren Gegensatz zwischen dem Wunsch nach Individualisierung und dem nach Gemeinschaft auf, da Individualisierung einerseits soziale Sicherheit voraussetze, der aktivierende Sozialstaat diese allerdings nicht mehr garantiere, sondern flankierenden Schutz vor Risiken biete. Zugleich müssten die Empfänger von Sozialstaatstransfers eine größere Bereitschaft zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt zeigen.

Anstatt Eigeninitiative zu ersticken, solle vermittels eines partnerschaftlichen Diskurses zwischen Staat und Bürger und durch Ermöglichung gesellschaftlicher Partizipation Gemeinschaftsorientierung und bürgerschaftliches Engagement bei der kommunalstaatlichen Aufgabenerfüllung (z.B. Stadtteil-, Kulturarbeit) aktiviert und gefördert werdend. „Integration und Gleichheit“ seien nunmehr zentral für eine Politik der sozialen Chancen.

Dem Soziologen Anthony Giddens blieb es vorbehalten, Kontext und Grundlinien einer „third way politics“ zu zeichnen: Da die gesellschaftlichen Veränderungen global seien, könne die Politik nicht mehr traditionell („left or right“), sondern müsse über ihre Position zu Globalisierungsphänomenen definiert werden. Angesichts der Bedeutung der IuK-Technologien für den sozialen Wandel sowie der Globalisierung von Wissenschaft und Technik und der Veränderungen im Alltag der Menschen, sei es zu einer neuen politischen Kultur („reflexive democracy“) gekommen, die einen aktiven Individualismus begründe.

Giddens erteilt dem Neoliberalismus ebenso eine Absage wie dem traditionellen Wohlfahrtsstaat zugunsten eines Staates, der neue Möglichkeiten zur Verwirklichung öffentlicher Werte durch Beteiligung schaffe und in das

Humankapital aktiver Individuen investiere. Aufgrund des Machtverlustes des Staates müsse dieser neu konstruiert werden. Dabei dürfe die „aktive Bürgergesellschaft“ nicht nur die „middle class“ sondern müsse auch die exkludierten Armen einbeziehen. Deren Aktivitäten würden vorwiegend negativ wahrgenommen (Gewalt, Ausbeutung der Systeme sozialer Sicherung etc.). Auch die ansonsten passiven Armen seien förderungs- und kreditwürdig, weshalb im Rahmen eines „local risk management“ Netzwerke gegenseitiger Unterstützung, der Selbsthilfe und zur Schaffung sozialen Kapitals aufzubauen seien („positive Wohlfahrt“). Die Politik habe für neue Kooperationsformen zwischen Zivilgesellschaft, Staat/Politik, (lokaler) Ökonomie und Drittem Sektor, aktivierende Rahmenbedingungen zu schaffen. So verstanden böte Globalisierung, auf die nicht nur lokal reagiert werden könne, die Chance für Innovation, indem sie eine Restrukturierung ermögliche und erzwingt.

Die anschließende, von Rolf G. Heinze (Böschung) geleitete Podiumsdiskussion mit Benchmarkingcharakter nutzte lediglich Thomas Meyer (Bonn) zur kritischen Analyse: Giddens lasse unklar, inwieweit Inklusion Bestandteil sozialer Gerechtigkeit sei. Mit der Frage, was passiere, wenn trotz Aktivierung von und Investierung in Humankapital von den Arbeitgebern keine Arbeitsplätze bereitgestellt würden, und dem Hinweis, daß die Bedeutung des Niedriglohnsektors ausgeklammert bleibe, wies Meyer auf die Lücke einer ökonomischen Verzahnung im Konzept aktivierender Arbeitsmarktpolitik in der aktiven Bürgergesellschaft hin.

Ansonsten wurden unterschiedliche nationale Modelle vorgestellt: Das konsensbasierte niederländische Poldermodell (Paul Schnabel, Den Haag), die dänische neoetatistische Strategie expansiver Finanzpolitik (Jacob Torfing, Roskilde) und das österreichische Modell eines korporatistischen und konsensorientierten Wohlfahrtsstaates (Markus Marterbauer, Wien).

Der Nachmittag bot abschließend Gelegenheit, auf fünf Zukunftsforen das Konzept einer aktiven Bürgergesellschaft im Hinblick auf die fünf Politikfelder des MASSKS (Arbeit, Sozia-

les, Stadtentwicklung, Kultur und Sport) diskursiv zu spezifizieren.

Mit dem Kongress wurde der weitgehend erfolgreiche Versuch unternommen, Theorie und Praxis einer Strategie zur Verwirklichung einer aktiven Bürgergesellschaft zu bündeln. Gleichwohl blieben einige Fragen offen:

Der Entwurf der „aktiven Bürgergesellschaft“ impliziert Thesen, deren Konsensfähigkeit noch getestet werden muss, die aber auf dem Kongress weitgehend unerwähnt blieben. Man hätte gern genauer gewußt, welcher Zusammenhang zwischen einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und dem Ausbau des dritten Sektors „der dritte Weg“ herstellt? Soll die (niedrigentlohnte) Gemeinschaftsarbeit den ersten Arbeitsmarkt entlasten sowie durch sinnstiftende Arbeit die Desintegration von Dauerarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern verhindern? Würde die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement materiell belohnt und folglich direkt oder indirekt die Wahrnehmung des Rechts auf bürgerschaftliche Inaktivität sanktioniert? Oder liegt die erwartete Funktion eines ausgebauten dritten Sektors vielmehr in positiven Beschäftigungsimpulsen für den ersten Arbeitsmarkt?

Auch Giddens ließ offen, ob der britische Erfolg auf dem Arbeitsmarkt auch mit einer „third way politics“ hätte erreicht werden können, oder ob diese nicht vielmehr von einer radikal neoliberalen Wirtschaftspolitik partizipiert, welche die Arbeitsmarktverkrostungen aufbrach und den Staatshaushalt konsolidierte.

Gleichwohl muss den Veranstaltern und Referenten zu Gute gehalten werden, dass es darum ging, eine Debatte anzustoßen, nicht aber fertige Konzepte vorzulegen. Wünschenswert wäre daher aber eine Explizierung der offenen Fragen und kritischen Aspekte dieses sicherlich diskussionswürdigen Gesellschafts- und Staatsleitbildes gewesen.

Konstantin Gavriilidis (Dortmund)